

ARBEITERMACHT! № 11 u. 12 AUG. 1934

Weg mit der bürokratischen, her mit der proletarischen Einheitsfront!

Her mit einem Aktionsprogramm unter Mitbestimmung der Arbeiter!

Einheitsfront unter dauernder Kontrolle der Arbeitermassen!

I.) Der 25. Juli und der 1. August.

Der 25. Juli brachte den von uns vorausgesagten Zusammenstoß zwischen Braunen und Schwarzen. SP und KP setzten das Proletariat ausserstande, die günstige Situation für sich auszunützen. Mehr noch: Ihre Politik des 1. Aug. führte zur weiteren Schwächung der Arbeiterklasse. Sie waren unbelehrbar 1930/33, sie waren unbelehrbar vor der deutschen Katastrophe, sie waren unbelehrbar vor 1934, sie waren unbelehrbar nach der österreichischen Katastrophe. Solange es möglich war, die Katastrophe zu verhindern, haben sie die Einheitsfront sabotiert. Jetzt plötzlich, in letzter Minute, sehr spät, allzu spät, haben sie ihre Politik gewendet. Aber auch nur die höchst eigenartig.

Denn diese ihre „Einheitsfront“ ist bloße Spitzenkombination, Spitzenmanöver. An grünen Tischen, unter Ausschluss der Massen, schlossen die Spitzen eine Aktionsgemeinschaft, um sozialdemokratische und stalinsche Bürokratie nach ihrem Bankrott wieder auf dem Rücken der Massen emporzuführen. Keine Spur von einem Aktionsprogramm, geschweige denn, dass ein solches den Massen vorgelegt worden wäre. Volkommen bewusst haben sie das Recht der Massen auf Kritik, deren Mitbestimmung, deren politische Kontrolle ausgeschaltet. Mit einem frechen Stimm rufen beide Spitzen den von ihnen ausgeschalteten Massen zu: Wer gegen unsere Kampfgemeinschaft kämpft, den behandeln wir als Feind der Arbeiterklasse!....

Es gibt Zeiten, wo es möglich, nützlich, ja unvermeidlich ist, die proletarische Aktion auf einen bestimmten Termin anzusetzen. So beim russischen Oktoberaufstand 1917. Doch unter den heutigen Bedingungen, da der Feind seine Macht aufs Äusserste konzentriert hat, während das schwer geschlagene Proletariat in tiefster, noch immer weiter greifender geistiger Verwirrung sich erst klären, sammeln muss, der Bourgeoisie Wochen voraus die Aktion für den 1. August anzukündigen, das heisst, die unselige Taktik der stalinschen „roten“ Tage fortsetzen, d.h. die Arbeiter von vornherein in eine neue, sichere Niederlage hineintreiben. Die Arbeiter fühlten, dass die scheinradikale Taktik dieser „Einheitsfront“ sie noch tiefer ins Verderben führen würde. Nicht ein einziger leistete dem Rufe Folge. Sie haben Recht getan. Wochenlang wurde der schreiendste Scheinradikalismus hinausgeschrien - und dann platzte die Seifenblase. Nichts geschah am 1. August. Das war freilich noch immer das kleinere Übel. Die neue blutige Niederlage wurde durch den Instinkt der Arbeiter vermieden. Aber die moralische Niederlage ist da. Das ist das bisherige Ergebnis dieser Schwindel-Einheitsfront: sie hat auf die Arbeiterschaft zersetzend gewirkt, sie hat die Arbeiterklasse geschwächt! Am eigenen Leibe haben die Arbeiter einen neuerlichen Beweis erlebt, dass sowohl die SP/SI als auch die stalinsche KP/KI das Kräfteverhältnis der Klassen fortgesetzt zum Nachteil der Arbeiterklasse verschieben.

Sozialdemokratie und Stalinbürokratie passen ihre Sprache, ihre Taktik raffiniert der Massenstimmung an, um die Arbeiter neuerlich zu ködern, zu angeln. Ihre bankrotte Grundlinie setzen aber beide Parteien fort. Die SP schreit jetzt: „Revolutionäre Diktatur des Proletariats!“ - in Wirklichkeit will sie nach wie vor nur „eine von keinem Faschismus bedrohte friedliche Entwicklung in unserm Land“ (Siehe den Aufruf der sozialdemokratischen „revolutionären“ freien Gewerkschaften). „Eine sozialdemokratische (keineswegs proletarische!) Übergangsdiktatur“ zur Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, Zusammenarbeit mit dem

„autonomen“
genauem Teil der Bourgeoisie, das ist auch heute die wirkliche Grundlinie der Sozialdemokratie. So arbeiten ihre Bruderparteien in der Tschecho-Slovakei, in Frankreich usw. auch heute mit der Bourgeoisie zusammen, mit welchen Bruderparteien die jetzt angeblich für die proletarische Diktatur eingestellte österreichische SP bekanntlich in enger Gemeinschaft steht (II. Internationale.) Nach wie vor bewegt sich die SP „also auch die „Revolutionären“ Sozialisten) auf ihrer ~~exxx~~ bankrotten Grundlinie der Koalitionspolitik. - Jahrelang brüllte die Stalinbürokratie: „Sozialfaschismus! Sozialfaschisten!“, jetzt plötzlich schließt sie mit denselben „Sozialfaschisten“ die „Einheitsfront“. In Wirklichkeit verharret die Stalinbürokratie auch heute auf ihrer alten bankrotten Grundlinie des russischen National-„Sozialismus“ („Aufbau des Sozialismus in einem Lande“), der die Weltrevolution preisgibt und das Weltproletariat nur kennt, um es parasitisch für die rein russisch-nationale Politik der Stalinbürokratie auszunutzen, zu missbrauchen.

Nicht um dem Proletariat, sondern der bankrotten Bürokratie zu helfen, haben die beiden Bankrottparteien diese ihre „Einheitsfront“ geschlossen. Dabei haben die beiden bürokratischen Cliquen nichts anderes im Sinn, als sich gegenseitig zu entlarven, sich gegenseitig die Arbeitermassen wegzuschnappen. Darum lizitieren sie ihre scheinrevolutionären Lösungen immer höhere Der Scheinradikalismus der SP und KP - „Generalstreik und Bewaffnung der Arbeiter“-kröchen sie zum 1. August - ergibt sich dann zwangsläufig aus ihrer verräterischen Grundlinie. In diesem Nichts-als-Entlarvungs-Konkurrenzkampf schieben die russisch-nationalen Opportunisten (Stalinisten) den „bod-neständigen“ Opportunisten, der SP, wieder den Boden unter die Füße.

Der Schutzbund, der die ehrlichsten, kampfgewilltesten Arbeiter in sich vereinigt, meint es mit der proletarischen Einheitsfront zweifellos ehrlich, allein er ist den mit allen Salben geliebten Bürokraten der SP und KP für sich allein nicht gewachsen. So kam es, dass er in diese Schwindel-Einheitsfront mit eingesperrt wurde. Tatsächlich bewegt sich der Schutzbund, ohne es zu wissen, gegenwärtig im Schlepptau der stalinischen Bankrotteure, sein Organ „Der Schutzbund“, wird von raffiniert getarnten Stalinisten verfasst... Der Schutzbund hat heute nicht nur eine rein militärische, sondern unter den besonderen Bedingungen der gegebenen Lage auch eine im höchsten Grade politische Rolle zu erfüllen! Der Schutzbund muss die Erfahrungen des 1. August gründlich überprüfen. Er ist für das Schicksal der österreichischen Arbeiter von ausschlaggebender Bedeutung, dass sich der Schutzbund politisch klärt, politisch umstellt. Denn kraft seiner Zusammensetzung ist der Schutzbund bestimmt, der wichtigste Vorkämpfer zu sein der wirklichen proletarischen Einheitsfront. Und darüber hinaus kann, soll, muss und wird er der Bahnbrecher sein der wirklichen Einigung der Arbeiterklasse, der Einigung aller Arbeiter auf der proletarischen Klassenlinie, der Einigung also in der neu zu schaffenden proletarischen Klassenpartei, in der Vierten Internationale.

II.) Die gegenwärtige Lage und ihre Perspektiven.

Der Faschistenputsch vom 25. Juli ist gescheitert. Die Nazis wurden geschlagen. Der Bonapartismus blieb diesmal noch Sieger. Nach wie vor hält sich die schwarze (schwarz-gelbe) Diktatur nur, indem sie das gegensätzliche Gleichgewicht von Proletariat und nationalsozialistischen Mittelschichten ausbalanciert.

Allein die Depression geht weiter. Die amerikanische Krisenverschärfung wird die österreichische Wirtschaft noch tiefer drücken. Die Bourgeoisie wird ihre Offensive gegen die Arbeiterklasse und die Mittelschichten fortsetzen, ja verschärfen. In dem durch SP und KP immer wieder geschwächten Proletariat sehen die verzweifenden Mittelschichten keinen Ausweg, darum werden sie sich trotz alledem weiter zu den Braunen verschieben, zum Faschismus. Die Kluft zwischen den Schwarzen und Braunen hat sich vertieft und wird sich noch mehr vertiefen. Die o b j e k -

und muss die Arbeiter und Schutzbündler auffordern, durch ihren Massendruck die SP und KP zur Annahme und Durchführung dieses Aktionsprogramms zu zwingen.

Diese Massenvorbereitung bedarf einer gewissen Zeit. Diese Zeit ist nicht verloren. Im Gegenteil. So erst wird das Papier-Aktionsprogramm zu einem Kampfprogramm der Massen selbst. So erst wissen sie wirklich, wofür sie kämpfen, so und nur so werden die Massen tatsächlich mobilisiert, für Ziele, die sie selbst konkret bestimmt haben. Gewiss, unter illegalen Bedingungen ist diese Arbeit viel schwerer durchzuführen, allein sie ist unumgänglich notwendig. Sie muss geleistet werden mit aller Vorsicht, die die illegale Arbeit erfordert, aber sie muss geleistet werden.

3. Nach genügender Vorarbeit in den Massen muss sich der Schutzbund vor den Massen (in Flugblättern, in seiner illegalen Presse) an die Spitzen der SP und KP wenden, ihnen vorschlagen, auf Grund dieses Programms die Einheitsfront zu schließen, wobei er sich bereit erklärt, mit ihnen über die endgültig Fassung des Aktionsprogramms vor den Massen zu verhandeln.

4. Diese Verhandlungen muss der Schutzbund tatsächlich vor den Massen führen. Er muss den Massen die Auseinandersetzungen über die endgültig Fassung des Aktionsprogramms bekanntgeben, die Abänderungs- und Ergänzungsanträge, die Abstimmung müssen in der illegalen Presse bekannt werden, ohne Namensnennung, mit Bezeichnung der Partei (Gruppe), von der die Anträge ausgehen.

5. Der vom Schutzbund mit der SP und KP beschlossene Wortlaut des Aktionsprogramms muss in den Blättern der angeschlossenen Parteien (Gruppen) den Massen bekanntgegeben werden. So nur erhalten sie die Grundlage, auf der sie die Einheitsfront in deren weiterer Bewegung fortlaufend politisch kontrollieren können.

6. Auch die taktische Linie der proletarischen Einheitsfront muss in der gleichen Art unter Mitbestimmung der Massen ausgearbeitet werden. Das gilt auch für Änderungen der taktischen Linie. Überhaupt muss der Schutzbund dafür sorgen, dass die Arbeit der Einheitsfrontorgane dauernd unter politischer Kontrolle der Schutzbündler und Arbeiter steht.

IV.) Entwurf eines Aktionsprogramms der prol. Einheitsfront.

A) Die unmittelbaren Aktionslösungen. Organisation des Kampfes.

a) wirtschaftlich:

1. Gegen Lohnabbau - für höhere Reallohne!
2. Gegen Personalabbau - für die vierzigstündige Woche ohne Lohnkürzung, für Arbeitsbeschaffung auf Kosten der Bourgeoisie, für Unterstützung allen Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auf Kosten der Bourgeoisie!
3. Für wirksame Hilfe der Mittelmassen in Stadt und Dorf auf Kosten der Bourgeoisie, z.B. durch Steuerentlastung und Schuldentlastung der Kleinbauern und Kleinbürger auf Kosten des Pürgertums!
4. Herabsetzung aller Miet- und Pachtzinse auf die Hälfte für die Arbeiter, Kleinbürger, Kleinbauern!

b) politisch:

1. Für Versammlungs-, Presse-, Vereins-, gewerkschaftliche und politische Organisationsfreiheit der Arbeiter, für das Recht der Arbeiter zu demonstrieren, zu streiken!
2. Für die Befreiung der proletarischen Gefangenen!
3. Für die Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen!
4. Für den Sturz der Henkerregierung!

B) Die Ziele des Gesamtkampfes.

1. Verhinderung der faschistischen Diktatur! Verhinderung der monarchistischen Restauration! Beseitigung der kapitalistischen Diktatur, welche Form sie habe, auch die demokratische Form! - Aufrichtung der Diktatur des Proletariats! Zerschmetterung des kapitalistischen Staatsapparates, Aufrichtung des proletarischen Staatsapparates, der roten Armee, Gendarmerie usw.!

2. Entschädigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes, entschädigungslose Aufteilung desselben auf landarme Landarbeiter und Kleinbauern!

3. Entschädigungslose Enteignung der Kapitalisten und der Kirche! Sozialisierung der Bank Banken, Grossindustrie, Grosshandel! Ausschöpfung des Handelsmonopols!

4. Dauernde politische Entrechtung der Kapitalisten!

5. Wirksame, dauernde Hilfsmassnahmen für Kleinbauern, Kleinbürger! Verwirklichung des Bündnisses mit ihnen unter Führung der Arbeiterklasse im Arbeiter- und Bauernrat!

6. Verteidigung der Sowjet-Union!

C) Einheitsfrontorgane.

1. Bildung illegaler Einheitsfrontausschüsse in Betrieben, Arbeitslosenstellen, Ort, Bezirk, Stadt. Bildung eines Wiener Einheitsfrontausschusses, der vorläufig auch die Aufgaben im Reichsmassstab besorgt.

2. Jeder Einheitsfrontausschuss besteht aus je einem Delegierten und je einem Ersatzdelegierten von Schutzbund, SP und KP. Den Vorsitz in jedem Einheitsfrontausschuss hat der Schutzbund. Die Beschlüsse werden einstimmig gefasst. Wo kleinere Gruppen bestehen, die gegen die Boxungslois kämpfen, sind die Delegierten derselben in die unteren und mittleren Einheitsfrontorgane mit Sitz und Stimme einzubeziehen.

3. Soweit sich die Möglichkeit ergibt, müssen die Einheitsfrontorgane aus der Wahl der Arbeiter entstehen, (Arbeiterräte) und jederzeit abberufbar und durch Neuwahl ersetzbar sein. Soweit die Arbeiterräte konstituiert sind, werden die Beschlüsse der EF-Organe mit Stimmenmehrheit gefasst.

D) Die prinzipiellen Grundlagen der Einheitsfront.

1. Jede Partei (Gruppe) behält ihre organisatorische Selbständigkeit.

2. Jede Partei (Gruppe) behält das Recht zur Propaganda und zur Kritik, die jedoch gegenseitige Normen meldet.

3. Die EF-Organe unterstehen der dauernden politischen Kontrolle der Arbeitermassen. Die Ausarbeitung des Aktionsprogramms, jede Änderung daran, die Ausarbeitung der taktischen Linie, muss unter tätiger Anteilnahme der Massen durchgeführt werden. Die EF-Organe dürfen die Massen nicht vor vollendete Tatsachen stellen, sondern müssen ihre Entwürfe in der illegalen Presse veröffentlichen, müssen den Arbeitern Gelegenheit geben, die Entwürfe kennen zu lernen, Stellung zu nehmen, Kritik vorzubringen, Verbesserungen, Ergänzungen vorschlagen. Keine blossen Spitzenkombinationen, sondern Einheitsfront der Spitzen und der mitbestimmenden Massen! Die Massen müssen wissen, wofür sie kämpfen, sie müssen Aktionsprogramm und taktische Linie selbstbestimmen!

4. Gegenüber den Beschlüssen der EF-Organe sind alle beteiligten Parteien (Gruppen) zur Aktionsdisziplin verpflichtet. Jenseits des Aktionsprogramms, jenseits der Beschlüsse der EF-Organe (welche Beschlüsse sich im Rahmen des A-Programms bewegen müssen) behalten die beteiligten Parteien (Gruppen) Aktionsfreiheit: sie dürfen jedoch keineswegs gegen das A-Programm der prol. E-Front, gegen die im Rahmen des A-Programms gefassten Beschlüsse der EF-Organe verstossen.

E) Die Taktik der proletarischen Einheitsfront.

1. Sie wird im Rahmen des A-Programms fallweise bestimmt durch die Beschlüsse der ~~EM~~ KP-Organen bei schärfster Ablehnung jedes Sch. inradikalismus unter realistischer Einschätzung der Lage und ihrer Perspektiven.
2. Als erster Auftakt ist ein Aufruf an die Gesamtarbeiterschaft zu richten, der die gegebene Lage und ihre Perspektiven realistisch darlegt und das Aktionsprogramm erläutert.
3. Sodann muss folgen eine aufwühlende, einheitlich im Reichsmassstab durchgeführte propagandistische Vorbereitungskampagne, um die grossen Massen geschlossen & um das A-Programm zu sammeln, überall die KP-Organen zu schaffen und sie fest mit den Massen zu verknüpfen.
4. Darnach sind Teilkämpfe zu organisieren, um die unmittelbarsten dringendsten Lebensbedürfnisse der Massen. Die Aktionslösungen dürfen nicht überspitzt werden, sie müssen stets dem jeweiligen Niveau der Massen angepasst sein, so dass tatsächlich grosse Massen dadurch in Bewegung gesetzt werden.
5. Im Weiteren Verlauf sind diese Teilkämpfe miteinander zu verbinden zu Kämpfen, die immer grössere Massen umfassen. In demselben Masse, als so Kampfwille, Geschlossenheit, Kampfkraft der Arbeiterschaft wachsen, sind die Kampflosungen zu steigern.
6. Nach gründlichster Vorbereitung durch kleine, mittlere, grosse, grösste Teilkämpfe muss schliesslich im richtigen Augenblick unter Einsatz der gesamten Massen, des Schutzbundes, der gewerkschaftlichen Kaderorganisation übergegangen werden zum entscheidenden Angriff mittels Generalstreik und bewaffneten Aufstand.

F) Proletarische Einheitsfront und Gewerkschaft.

Die beteiligten Parteien (Gruppen) sind verpflichtet, durch ihre Mitglieder dafür zu sorgen, dass die illegale gewerkschaftliche Kaderorganisation den Kampf der proletarischen Einheitsfront aktiv unterstützt, Umgekehrt tut dasselbe die proletarische Einheitsfront gegenüber dem gewerkschaftlichen Kampf. Der gewerkschaftliche Kampf muss in Einklang gehalten werden mit der proletarischen Einheitsfront. Jede Gewerkschaftsfrage ist zugleich eine politische Frage! Jeder Versuch, die Gewerkschaften auf nur „gewerkschaftliche“ Fragen zu beschränken, jeder Versuch, den Gewerkschaftskampf vom politischen Kampf des Proletariats zu trennen, ist schwerste Schädigung der Arbeiterklasse und muss grundsätzlich bekämpft werden.

V.) Die Frage der Einigung.

Die Einheitsfront setzt nur die Gemeinsamkeit der nächsten Kampfziele voraus. Dagegen setzt die Einigung darüber hinaus auch die volle Übereinstimmung voraus und vor allem in den Prinzipien. Der vorgeschlagene Entwurf eines Aktionsprogramms (IV/B) die Gesamtziele des Kampfes) geht davon aus, als wäre hüt. auch die Übereinstimmung in den Prinzipien gegeben. Das ist jedoch keineswegs der Fall und dennoch muss der Entwurf so formuliert werden. Es gilt, die beiden Verräterparteien, die SP und KP, die sich so stellen, als ob sie auf der proletarischen-revolutionären Linie kämpften, beim Wort nehmen. In Wirklichkeit denkt die SP nicht im Traum daran, für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen, sie gibt dies schwindlerisch nur vor, um die Massen neuerlich betören zu können. Die KP kennt in Wirklichkeit nur ein Ziel: den russischen National-„Sozialismus“. Gebunden an Stalins „Generallinie“, hat sie die proletarische Weltrevolution längst preisgegeben. Ohne Kampf für die Weltrevolution ist alles Gerede und Getue vom stalinschen Kampf für die proletarische Diktatur elender Schwindel. Auch der stalinschen KP ist die Diktatur des Proletariats nur eine Köderlösung, um die Massen für & die rein russisch-nationale Politik der Stalinbürokratie einzufangen, ~~auszunutzen~~. Dabei gefährdet die Stalinbürokratie immer mehr auch die

proletarische Diktatur in Russland selbst, die wirksam verteidigt, behauptet, vorwärts getrieben werden kann nur mit unverfälschter marxistisch-leninistischer Politik, mit der Politik des revolutionären Internationalismus, durch unerbittliche Bekämpfung und Überwindung der russisch-nationalen Politik der Stalinbürokratie.

Die Einigung kann verwirklicht werden nur auf der proletarischen Klassenlinie, also unter grundsätzlicher Verwerfung und Bekämpfung der SP/SI und der stalinschen KP/KI. Also kann die Einigung auch nicht verwirklicht werden durch die Einigung SP/SI und KP/KI. Sie kann nur verwirklicht werden durch die Herausbildung einer neuen, der proletarischen Klassenpartei auf der Linie des unverfälschten Marxismus-Leninismus, durch Herausbildung der Vierten Internationale. - Die Einheitsfront ist noch nicht die Einigung, aber sie ist ein ernster Schritt in dieser Richtung. Denn gerade im Kampf der wirklichen, der proletarischen Einheitsfront werden die Massen jene Erfahrungen erleben, die ihnen endgültig die Augen öffnen werden über den Verratscharakter der SP/SI und der stalinschen KP/KI.

Die vorgeschrittenen Arbeiter jedoch dürfen nicht auf diese neuen Erfahrungen warten, sie müssen aus den bisherigen Erfahrungen lernen, insbesondere der 16 Jahre Sozialdemokratie seit 1918 und der 11 Jahre Stalinismus seit dem Tode Lenins. Sie dürfen sich nicht damit begnügen, die Politik der SP/SI, KP/KI bloss faktisch zu prüfen, sie müssen viele mehr an der Hand der jahrelangen Erfahrungen, insbesondere an der Hand der deutschen und österreichischen Katastrophen überprüfen, ob sich die SP/SI, KP/KI überhaupt auf der Grundlinie proletarischer Grundsätze oder ob sie sich nicht - wie es in der Tat der Fall ist - auf der Grundlinie kleinbürgerlichen Prinzipien bewegen. Diese Überprüfung ist unumgänglich. Sie ist proletarische, sie ist revolutionäre Pflicht. Sie ist Pflicht aller vorgeschrittenen Arbeiter. Nur in demselben Masse, als sich die vorgeschrittenen Arbeiter diese Erfahrungen aneignen und daraus unerbittlich die Folgerungen ziehen, werden sie fähig werden, den Massen den Weg zu erleuchten, deren Befreiung zu bewerkstelligen, kurz die Massen zu führen.

Wien, am 12. August 1934.

Der Einheitsfrontschwindel in Frankreich.

Seit Jahren hat es die Stalinbürokratie immer wieder und zwar grundsätzlich abgelehnt, an die „Sozialfaschisten“, an die „sozialfaschistische“ Partei Einheitsfrontangebote zu richten oder gar Einheitsfront mit ihr zu schliessen. So hat sie es der SPD ermöglicht, die Einheitsfront immer wieder zu sabotieren, so hat die Stalinbürokratie die deutsche Katastrophe herbeigeführt. Trotzdem erklärte sie, ihre Politik vor, in und nach der deutschen Katastrophe sei richtig gewesen, trotzdem blieb sie bei ihrem „Sozialfaschismus“ und verwarf weiterhin die Einheitsfront mit der SP, und zwar grundsätzlich.

Am 23./25. Jänner 1934 hielt das ZK der KP Frankreichs Plenartagung ab. Die offizielle stalinsche Pressekorrespondenz „Rundschau“ berichtet darüber auf Seite 527 wörtlich: „Ein Mitglied des ZK (offenbar Doriot) hat die Forderung gestellt, der Führung der SP Einheitsfrontangebote zu machen. Dieser Vorschlag wurde von allen Mitgliedern des ZK einstimmig mit Entrüstung abgelehnt, da eine solche Plattform zur Kapitulation vor der SP führt. Diese Auffassung wurde als ein Ausdruck opportunistischer Tendenzen gekennzeichnet.“

Da kam am 6. Februar der erste Stoss des Faschismus in Frankreich und am 12. Februar die Katastrophe in Oesterreich. Das rief einen elementaren Drang der französischen Arbeitermassen hervor nach der proletarischen Einheitsfront. Allein noch immer wollte die Stalinbürokratie von der Einheitsfront nichts wissen, die kreischte weiter ihr Lied vom „Sozialfaschismus“, ja, sie leitete gegen Doriot das Ausschlussverfahren ein und sie hat ihn vor kurzem auch tatsächlich ausgeschlossen.

Zu gleicher Zeit, da sie ihn ausschloss, machte sie plötzlich der SPF Einheitsfrontangebote, erklärte von vornherein, dass sie die Einheitsfront mit der SPF um jeden Preis erreichen wolle (siehe „Rundschau“ Seite 1569) und schloss in der Tat schliesslich mit der SPF die Einheitsfront um jeden Preis.

Zunächst einmal muss vor den Arbeitern der ganzen Welt angenagelt werden: die Stalinbürokratie hat dadurch selbst den handgreiflichen Beweis geliefert für ihre verbrecherische Schuld an der deutschen Katastrophe; denn wenn die Einheitsfront mit der SPF im Juni 1934 grundsätzlich zulässig ist, so war es genau so 1929/33 die Einheitsfront mit der SPD !!!

Ebenso wichtig aber ist die Frage: Welches Wunder hat dazu geführt, dass die Stalinbürokratie jetzt plötzlich in Frankreich das tut, was sie selbst durch Jahre verbrecherisch verdammt hat? Hat sie aus der deutschen Katastrophe gelernt? Nein! Hat sie aus der österreichischen Katastrophe gelernt? Nein! Hat sie etwa der Massenstimmung in Frankreich Nachgegeben, um nicht Gefahr zu laufen, an Masseneinfluss zu verlieren? Nein, für sich allein hätte selbst diese Tatsache die stalinsche Wendung nicht verbeigeführt.

Allein etwas ganz anderes trat ein, was für die rein russisch-national orientierte Politik der Stalinbürokratie ausschlaggebend war. Die stalinsche Aussenpolitik ist aufgebaut auf ihren „Pakten“, und der Pakt mit Frankreich ist heute das Fundament dieses stalinschen Paktsystems. In der französischen Bourgeoisie hat nun auf einmal ein Ringen begonnen um den Kurs des französischen Imperialismus. Die Rechtsbourgeoisie will die imperialistische Politik zusammen mit England, Deutschland, Japan gegen Sowjet-Russland, die französische Linksbourgeoisie aber will die imperialistische Politik der Kapitalisten Frankreichs mit England und Russland gegen Deutschland. Erst als sich so zeigte, dass der Pakt mit Frankreich bedroht wird, da erst schenkte die Stalinbürokratie um. Die Rechtsbourgeoisie geht angesichts der auch Frankreich schärfer

ergreifenden Wirtschaftskrise aus auf die Aufrichtung der faschistischen Diktatur. Solange sich dies nur innerpolitisch in Frankreich auswirkte, liess das die Stalinbürokratie vollkommen kalt, so wie in Deutschland 1933. Das französische Proletariat liegt der Stalinbürokratie genau so wenig auf wie das deutsche und wie das Weltproletariat überhaupt. Sowie aber die Aussenpolitik der Stalinbürokratie gefährdet war, das war etwas anderes, da kam es im Handumdrehen zur Wendung. Jetzt suchte sie schnell nach einer Taktik, um den linken Flügel der französischen Bourgeoisie zu stärken. Sie fand den Weg dazu durch Stärkung der sozialdemokratischen Lakaien der französischen Bourgeoisie, durch „Einheitsfront“ mit der SPF.

Nicht um das Proletariat willen machte die Stalinbürokratie die Wendung, sondern ausschliesslich um dessentwillen, was ihr wichtiger ist als das Interesse der Arbeiter der ganzen Welt: um des russischen National-Sozialismus willen, des „Aufbaues des Sozialismus in einem Land...“ Der russische National-„Sozialismus“ über alles und wenn das Weltproletariat, die Weltrevolution dabei krepieren; auf dieser Verratslinie bewegt sich die Stalinbürokratie mit und nach ihrer Wendung“. Die Arbeiter müssen diese „Einheitsfront“ näher anschauen:

1. Der Kampf um die wirtschaftlichen Lösungen (Lohn, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsbeschaffung auf Kosten der Bourgeoisie) ist von der „Einheitsfront“ ausdrücklich ausgenommen! Warum? Weil der Zweck dieser „Einheitsfront“ nicht der Kampf gegen, sondern nur der Druck auf die französische Bourgeoisie ist, um sie zu veranlassen, die französische imperialistische Politik nicht zu ändern....

2. Wohl richtet sich das Bündnis der KPF mit der SPF gegen den Faschismus. Aber nur in Worten! Letzten Endes hat der Faschismus seine letzte Quelle nur ~~ausser~~ in der durch die fortschreitende kapitalistische Offensive infolge Versagens der SP/SL und KP/KI immer grösser werdenden Verblendung und darum Verzweiflung der Massen. Ohne Kampf gegen die Massenverblendung, ohne Kampf gegen die unmittelbaren Lebensverinteressen ~~Mass~~ der Massen bleibt alles Reden und Tun gegen den Faschismus blosser Schein. Diese „Einheitsfront“ gegen den französischen Faschismus ist also jedenfalls nur Schein. Allerdings, soweit es gegen den deutschen Faschismus geht, ist es der Stalinbürokratie jetzt ernst (solange der Kapallovertrag bestand und Frankreich stand als heute, war es anders), aus dem gegenwärtigen rein russisch-nationalen Interesse heraus. Jene imperialistischen Kreise Frankreichs, die jetzt vor allem gegen Deutschland eingestellt sind und darum am Pakt mit Russland festhalten (die Herriot & Co.), die wünschen den imperialistischen ~~Kampf~~ Charakter ihrer antideutschen Politik zu maskieren, sie stellen daher ihren imperialistischen Kampf gegen den Faschismus (wobei sie seelenruhig im Bündnis stehen mit dem italienischen Faschismus), genau so wie sie 1914 mit der Lösung gegen den „Kaiserismus!“, für die „Demokratie!“ Die stalinische Wendung läuft darauf hinaus, ihnen diese imperialistische Tücke zu erleichtern, ihnen zu erleichtern, die französischen Arbeitermassen für die imperialistischen Pläne der Kapitalisten Frankreichs einzufangen.

3. Das Bündnis der KPF mit der SPF richtet sich „gegen den Krieg!“ Um seine imperialistischen Pläne vor den Massen zu tarnen, sucht der französische Imperialismus - wie alle Imperialisten - als „Kämpfer gegen den Krieg“, „für den Frieden“ zu erscheinen. Diesen Betrug an den Massen durchführen zu helfen ist einer der Hauptzwecke dieser „Einheitsfront.“

Kommunistische Politik, die es nicht nur in Worten, sondern wirklich ist, muss überall und ausnahmslos gegen die Bourgeoisie, gegen den Kapitalismus mobilisieren zur Weltrevolution, zur proletarischen Revolution in allen Ländern, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich. Die stalinische „Einheitsfront“ in Frankreich ist in Wahrheit eine Einheitsfront zwischen der stalinischen KPF und der SPF zugunsten der französischen Bourgeoisie! Sie will durch die Mobilisierung der Massen mittels der Einheitsfront der französischen Kapitalistenklasse demonstrieren, beibringen, dass das Festhalten am Pakt mit der Stalin-

bürokratie am besten dem wohlverstandenen Interesse des französischen I m p e r i a l i s m u s dient....

4. Ebendarum ist die SPF mit Feuereifer bei einer solchen „Einheitsfront“, das bewegt sich ja ganz in ihrem Fahrwasser. Diese rein russisch-orientierte Front der KPF, der jetzt das Höchste ist der Pakt mit Frankreich, also genau das, was jetzt die SPF als Höchstes ansieht, ist ein gefundenes Fressen für die SPF. Dass sie dabei an Masseneinfluss gegenüber der KPF nicht verliert, sondern gewinnt, dagegen hat sie sich gesichert: In aller Form hat die Stalinclique, die ja von vornherein erklärt, dass sie die Einheitsfront um jeden Preis wolle, auf das Recht zur gegenseitigen Kritik gegenüber den „Sozialfaschisten“ ausdrücklich verzichtet.

So arbeiten die beiden Verratsparteien einander in die Hände, um die Arbeitermassen zu betrügen. Allein die beiden Verratsparteien, die sich in einer reinen Spitzenkombination gefunden haben sie machen die Rechnung ohne die Massen! Wohl, zunächst erfassen Freudenillusionen die Arbeiter. Aber die neuen Erfahrungen werden ihnen rasch die Augen zu öffnen beginnen. Desto rascher, je klarer und zielbewusster die wirklichen Kommunisten, die Vorkämpfer der Vierten Internationale, ihre Kritik, ihre Auffassungen, ihre Kampfvorschläge in die Massen tragen....

Wien, am 5. August 1934

- - - - -

„A u c h“ für die proletarische Diktatur!

Um die von ihre verratenen Massen wieder zu ködern, verkündet die SP jetzt alltäglich, sie sei „auch“ für die proletarische Diktatur. Otto Bauer verzapft darüber einen eigenen Artikel im „Kampf“ über „Demokratie und Sozialismus“, aus dem der sozialdemokratische Schwindel mit aller Deutlichkeit hervorgeht.

„Zeitweilig geht aus den Klassenkämpfen in der bürgerlichen Demokratie ein Zustand des Gleichgewichtes der Klassenkräfte hervor, in dem die Bourgeoisie nicht mehr und das Proletariat noch nicht den Staat allein zu beherrschen vermag. (Der „Staat“ ist nach Bauer also etwas über den Klassen Thronendes, während er in Wirklichkeit ist die Herrschaftsorganisation der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse!) Bourgeoisie und Proletariat sind gezwungen, die Macht miteinander zu teilen. Bourgeoisiereregierungen werden abhängig von sozialistischen, Arbeiterregierungen werden abhängig von Bourgeoisstimmen im Parlament (Trotz der Februarkatastrophe bleibt Bauer noch immer der alte Stimmzettelheld). Vertreter beider müssen sich zu gemeinsamen Regierungen vereinen. Aber jede solche Kooperation der Klassen wird sehr bald durch die Klassengegensätze gesprengt (nämlich so wie die sozialdemokratischen Lakaiken überflüssig geworden sind, nachdem sie geholfen haben, die Arbeiterklasse genügend zu schwächen)“. Bauer ist also auch heute noch nach der Februarkatastrophe für das berühmte „Linzer Programm“, für die Koalitionspolitik.

In der bürgerlichen Demokratie, nach Otto Bauer die Koalitionspolitik, die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse oder Teilen derselben zulässig. Nur wenn die Bourgeoisie zur faschistischen Diktatur übergegangen ist, also die Koalition mit der SP ablehnt, d a n n will auch Otto Bauer von der Zusammenarbeit mit der betreffenden Bourgeoisie nichts wissen..... Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie in Tschechien, Schweden, Dänemark, England, Frankreich, das ja - - dagegen „revolutionäre Diktatur des Proletariats gegen den Faschismus“ in Deutschland, Polen, Italien, Oesterreich usw., solange, bis die Kapitalisten wieder so vernünftig werden, die Arbeiterklasse nicht in faschistischer Form, sondern in demokratischer Form a u s z u b e u t e n Wie es übrigens mit der „revolutionären Diktatur“ jetzt gegen Mussolini aus-

schauen wird, nachdem er gegen afrikanisches Trankgold (Tibesti) in die imperialistische Front Frankreichs eingeschwenkt ist, in welcher Front sich auch die SP in holdender Eintracht mit ihm und - mit der irrevolutionären Stalinbürokratie befindet, das wissen die Götter....

Ob die Bourgeoisie demokratisch, bonapartistisch, faschistisch oder wie immer regiert, immer herrscht, regiert sie gegen die Arbeiterklasse. Kapitalistische und proletarische Klasseninteressen sind einander vollkommen entgegengesetzt. Vom Klassenstandpunkt des Proletariats ist also jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, in welcher Form immer sie ihre Herrschaft ausübt, sei es auch demokratisch, grundsätzlich unzulässig, Verrat an der Arbeiterklasse. Otto Pauer seine „revolutionären Sozialisten“, die gesamte sozialdemokratie, bewegt sich nach wie vor auf der alten Verratslinie der SP, auf der Linie der Koalitionspolitik.

Marx verkündete als die Hauptlehre der Pariser Kommune, dass sich die Arbeiterklasse des kapitalistischen Staatsapparates nicht bemächtigen, ihn nicht erobern könne, sondern ihn zu zerstören und ihren eigenen, den proletarischen Staatsapparat aufbauen müsse, bei Strafe der schwersten Niederlage. Dieser entscheidenden Frage geht Pauer Artikel aus dem Wege. Er weiss warum. Er gibt den Arbeitern radikale Worte, in Wirklichkeit will er, will die SP den kapitalistischen Staatsapparat aufrichten. Sie will also die reale Macht der Kapitalistenklasse belassen und mit dieser „vernünftig“, demokratisch zusammenarbeitend, das Proletariat dem Kapitalismus opfern. Das ganze Gerede der SP von der „revolutionären Diktatur des Proletariats“ ist slender, vollkommen bewusster Schwindel, um die Arbeiter über das wahre Gesicht der SP zu täuschen, und sie neuerlich für die sozialdemokratische Verratspolitik einzufangen.

Der Formwandel der kapitalistischen Diktatur.

Der Formwandel der kapitalistischen Diktatur vollzieht sich heute auf dem Boden des kapitalistischen Niederganges. Der Faschismus entsteht als Massenbewegung der vom Kapitalismus ruinierten, von der SP, dann aber auch von der stalinistischen KP enttäuschten Mittelmassen, die sich in der Illusion wiegen einer selbständigen, führenden Rolle in der Gesellschaft. Der fortschreitende Niedergang des Kapitalismus senkt die Profite. Um sie auf Kosten der werktätigen Massen zu behaupten, liquidiert die Bourgeoisie die demokratische Form ihrer Diktatur und geht über zur bonapartistischen Diktatur. (Siehe jetzt z.B. in Belgien). Der (vorfaschistische) Bonapartismus lähmt den Widerstand der Massen gegen die kapitalistische Offensive, indem er Arbeitermassen und faschistische Mittelmassen, die einander in gegensätzlich labilem Gleichgewicht gegenüberstehen, wechselseitig gegeneinander ausspielt, den er durch bewaffnetes Lumpenproletariat verstärkt. Die kapitalistische Diktatur in Oesterreich ist auch heute noch immer bonapartistisch. Der Bonapartismus kann die ihm eigenartige „Schaukel“-Politik fortsetzen, auch nachdem er der Arbeiterklasse und den Mittelschichten ihre Organisationen zertrümmert, also die gesamten werktätigen Massen atomisiert.

Bei weiterem Niedergang des Kapitalismus erweist sich die bonapartistische Diktatur schliesslich als unzureichend, aus den Massen jenes Mass von Opfern zu erzwingen, das die Kapitalisten brauchen, um ihre Profite zu sichern. Darum reisst die Bourgeoisie die Führung der faschistischen Mittelmassen an sich, schleudert sie gegen die Arbeiterklasse und errichtet so die faschistische Form der kapitalistischen Diktatur, die faschistische Diktatur, die Widerstandskraft der Massen vollends zerschrendend, zersetzend.

Auch dann geht die kapitalistische Offensive, und zwar verschärft, weiter; nicht nur gegen die Arbeiter, sondern gegen die ganzen werktätigen Massen, also auch gegen die Mittelschichten. So stösst die faschistische Diktatur zwangsläufig immergrössere Teile ihrer Massenbasis ab, bis sie ausschliesslich ohne Massengefolgschaft dasteht, gestützt

lediglich auf den durch den Faschismus zahlenmässig sehr verbreiteten kapitalistischen Staatsapparat. Die in der Verschiedenheit der Produktionsrollen stehenden Interessengegensätze zwischen Arbeitern einerseits, Kleinbürgern und Kleinbauern anderseits, bestehen auch da weiter.

Diese Gegensätze zwischen Arbeitermassen und Mittelmassen ausnützend, geht die faschistische Diktatur, nachdem sie die Massenbasis verloren hat, in den nachfaschistischen Bonapartismus über. Diese Phase hat die kapitalistische Diktatur in Italien schon vor einigen Jahren erreicht. In Deutschland hat der Weg dahin am 30. Juni begonnen. Allerdings gehen die Dinge in Deutschland bei der Schärfe der Krise viel schneller vorwärts.

Um trotz der fortschreitenden Krise die Profite zu behaupten, setzt die Kapitalistenklasse ihre Offensive gegen die Massen fort. Das verschärft steigend ihren Gegensatz zu den gesamten werktätigen Massen. Jene Interessengegensätze zwischen Arbeiter- und Mittelmassen bestehen fort. Allein sie werden immer stärker übertönt durch den gemeinsamen Gegensatz gegen die Diktatur, durch ihr gemeinsames Interesse, diese Diktatur zu stürzen. Bei diesem Stand der Dinge wird es der Bourgeoisie immer schwerer, schliesslich unmöglich, die Massen gegeneinander auszuspielen. Der nachfaschistische Bonapartismus geht über in die nachfaschistische Militär-Polizeidiktatur: auf der einen Seite die Bourgeoisie mit ihrem unter dem Faschismus bedeutend verstärktem Staatsapparat – auf der anderen Seite die gesamten werktätigen Massen. In Italien hat die kapitalistische Diktatur diese Stufe bereits erreicht.

Wo der Kapitalismus wenig entfaltet ist, (Spanien – Primo de Rivera, Polen – Pilsudski usw), kommt die herrschende Klasse mit der Militärdiktatur alten Stils aus, die je nach der Entfaltungshöhe des Kapitalismus in dem betreffenden Staate mehr oder weniger bonapartistische, faschistische Züge trägt.

Die kapitalistische Diktatur schafft also durch ihre dialektische Fortbewegung, Formveränderung, immer günstigere objektive Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse. Doch damit das Proletariat dieses für sich nützen kann, sind gewisse subjektive Voraussetzungen in der Arbeiterklasse selbst unumgänglich. Lässt das Proletariat, richtiger: lassen die vorgeschrittenen Arbeiter die Führung der Arbeiterklasse solchen Verratsparteien wie der SP/SI oder der KI/KP (durch eine Vereinigung der beiden Verratsinternationalen, bzw. Verratsparteien würde ihre verräterische Grundlinie nicht geändert, sondern nur potenziert), dann wird die proletarische Masse im besten Falle dem Kleinbürgertum die Kastanien aus dem Feuer holen. Die Bourgeoisie würde im besten Falle ihrer Diktatur demokratische Formen geben, um auf der Basis des kapitalistischen Niederganges den Formwandel der kapitalistischen Diktatur in neuem Kreislaufe zu durchlaufen auf höherer, richtiger auf tieferer Stufenleiter, nämlich zu noch grösserer Barbarei. Nur dann findet das Proletariat den Weg aus dem Abgrund, den Weg zum Siege, wenn es die Führung aller kleinbürgerlichen Verratsparteien endgültig abschüttelt, wenn es sich proletarisch handlungsfähig macht, wenn es sich befähigt, auf der proletarischen Klassenlinie zu handeln, indem es beide Verratsparteien und Internationalen, die koalitionslös-terne SP/SI und die russisch-national-„sozialistische“ KP/KI grundsätzlich verwirft, bekämpft und sich schafft die neue Partei, die proletarische Partei, die Vierte Internationale.

Von dieser unumgänglichen Notwendigkeit die Arbeitermassen zu überzeugen, sie dahinzuführen, ist heute die wichtigste Klassenpflicht aller vorgeschrittenen Arbeiter.

(Als Doppelnummer 11. und 12. – 20g)